



**FAMILIEN
IN DER
KRISE**

Pressemitteilung
Familien in der Krise
Landesgruppe Berlin

Berlin, 14. Dezember 2020

Initiative „Familien in der Krise“

<https://www.familieninderkrise.com>

Die Politik macht auch Kinder zu Opfern der Pandemie

Entgegen allen Versprechungen sind mit den gestrigen Beschlüssen nun doch flächendeckende Schließungen von Bildungseinrichtungen möglich. Nach ersten Mitteilungen des Berliner Senats wird der erneute Bildungsabbruch auch in Berlin de facto Realität, denn der avisierte Distanzunterricht hat sich zur Erfüllung des Rechts auf Bildung im ersten Lockdown als untauglich erwiesen. Die Initiative „Familien in der Krise“ appelliert an die Politik, die Situation von Familien und Kindern nicht aus den Augen zu verlieren und fordert, die Schließungen einmalig und zeitlich zu begrenzen. Keinesfalls dürfen Maßnahmen an Kitas und Schulen über den 10. Januar hinaus verlängert werden.

Das Infektionsgeschehen macht weitere Einschränkungen unausweichlich.

„Selbstverständlich wollen auch wir einen Beitrag zur Eindämmung von CoViD-19 leisten. Aber es muss klar gesagt werden, dass viele Kinder und Familien keinen weiteren Beitrag mehr leisten können“, so Milan Renner von Familien in der Krise. Wir begrüßen, dass das Land Berlin die Möglichkeit nutzt, von Komplettschließungen bei Schulen abzusehen. Darüber hinaus appellieren wir aber an den Senat, die Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen im Blick zu behalten und deshalb den [Corona-Stufenplan für Berliner Schulen](#) zu respektieren. Dieser sieht in der höchsten Stufe „rot“ eine Verknüpfung von Präsenzunterricht und schulisch angeleitetem Lernen zu Hause vor, jedoch keine Umstellung auf ausschließlichen Distanzunterricht - dieses Modell darf nach dem ersten Lockdown im Frühjahr als gescheitert angesehen werden. Für Kitas gibt der Senat noch am 12.12.2020 selbst an, dass "Kitas keine Infektionstreiber [sind]. Schutzkonzepte greifen und die Einrichtungen haben Erfahrung gewonnen. Wir wollen, dass dies auch so bleibt", so die Website-Informationen für Eltern. Dessen ungeachtet gibt der Senat in seiner [Pressemitteilung vom 13.12.2020](#)

an, die Kitas für einen Großteil der Berliner Kinder ab dem 16.12.2020 zu schließen. Warum? "Distanzbetreuung" ist für die Kleinsten keine Option!

Wir fordern, die gravierenden Auswirkungen von Kita- und Schulschließungen auf Kinder zu berücksichtigen, vor denen die pädiatrischen Fachgesellschaften in ihrer [Stellungnahme vom 09.12.2020](#) und UNICEF in ihrem [Report vom 19.11.2020](#) warnen.

Familien und Kinder leisten seit Beginn der Pandemie ihren Beitrag

Das zeitweilige Aussetzen der Präsenzpflcht kann Kontakte reduzieren und ist ein guter Weg, besonders gefährdeten Familien die Möglichkeit zu geben, auf ihre individuelle Situation einzugehen. Damit leisten Familien mit allen Kinder und Jugendlichen bereits einen solidarischen Beitrag zur Senkung der Neuinfektionen in der Gesamtbevölkerung. Diese Verantwortung auf den Schultern von Familien muss jedoch zeitlich eng begrenzt bleiben.

Schulen und Kitas sind keine Pandemietreiber

Alle von der Politik in den verschiedenen Bundesländern in Auftrag gegebenen Studien zeigen, dass gerade Kitas und Schulen bei der Verbreitung des Virus nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Dies zeigt auch die vom Robert Koch-Institut und dem Deutschen Jugendinstitut durchgeführte Corona-Kita-Studie. Wir fragen uns: Warum gibt die Politik eigentlich Studien in Auftrag, deren Ergebnisse dann aber kaum Beachtung finden? Länder wie Irland oder Frankreich zeigen, dass die Infektionszahlen auch bei offenen Bildungseinrichtungen im Präsenzbetrieb erheblich gesenkt werden können.

"Der Ort, an dem sich jetzt wahre Tragödien abspielen, sind die Pflegeheime. Wir sind daher froh, dass im Rahmen der neu beschlossenen Maßnahmen ein Fokus auf den Schutz der vulnerablen Bevölkerung gelegt wird", sagt Sabrina Loyda-Gallares von Familien in der Krise. Wirksamer als die bisherige Isolation der ältesten Familienmitglieder ist sicherlich, die anvisierten regelmäßigen Testungen, insbesondere durch Schnelltests, in und außerhalb von Pflegeheimen und in der Bevölkerung zügig umzusetzen.

Alle Kinder sind systemrelevant und haben ein Recht auf Bildung und Betreuung

Wir begrüßen, dass eine Notbetreuung sichergestellt wird. Diese muss aber für alle Kinder angeboten werden, unabhängig von Beruf oder Urlaubsanspruch der Eltern. Außerdem darf dies nicht ein reines Betreuungsangebot sein: Kinder, die in diese Betreuung gehen, müssen dort auch altersangemessen gefördert werden - das heißt für Schulkinder, auch beschult zu werden. Ein Bedarf muss sich an den Bedürfnissen von Kindern und Familien orientieren und darf nicht rein nach Systemrelevanz entschieden

werden. Beispielhaft ist hier der Weg der NRW-Landesregierung zu nennen. Dieser sieht vor, dass alle Eltern, die Hilfe und eine Betreuung brauchen, und Kinder entsprechend ihrer Bedürfnisse diese auch bekommen und schließt ausdrücklich private Gründe ein. Kein Kind darf durch diesen Lockdown Schaden nehmen!

Kinder, Jugendliche und deren Familien brauchen verbindliche Öffnungszusagen

Die kommenden vier Wochen müssen genutzt werden, um Konzepte für die Wiederaufnahme des vollständigen Kita- und Schulbetriebs umzusetzen. Zahlreiche Vorschläge zur Umsetzung liegen der Politik seit Monaten vor. Beispielsweise eine Entzerrung des Schulbeginns und die Entlastung des öffentlichen Nahverkehrs, der Einsatz von Lehramtsstudent:innen, sowie die Anwendung einer Schnelltest-Strategie an Schulen.

Eine Situation wie im Frühjahr diesen Jahres, als Schulen und Kitas erst lange nach Einzelhandel und Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen wieder ganz geöffnet wurden, darf sich nicht wiederholen. Keinesfalls dürfen Maßnahmen an Kitas und Schulen über den 10. Januar hinaus verlängert werden. Bildung ist nicht nur ein Grundrecht, es ist auch die Pflicht der Politik, diese für alle Kinder und Jugendlichen im gleichen Maße chancengerecht sicherzustellen. Und vergessen wir nicht: Schulen und Kitas sind nicht nur Lern- sondern auch Schutz- und Bezugsraum für Kinder und Jugendliche - fällt er weg, ist für ihre psycho-soziale Entwicklung Schlimmes zu befürchten!

Ulrike Abromeit, Sabrina Loyda-Gallares, Dr. Christine Busch
für Familien in der Krise Berlin

Für Rückfragen und Interviewanfragen:

E-Mail: berlin@familieninderkrise.com

Familien in der Krise – Wer wir sind

Familien in der Krise (FidK) ist es gelungen, eine deutschlandweite Initiative für Familien aufzubauen. Mittlerweile sind wir in sieben Landesgruppen organisiert: Bayern, Baden-Württemberg, NRW, Hessen, Hamburg, Berlin und Niedersachsen. Wir verfolgen das Ziel, Familien und Kinder in das Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Wir konnten durch zahlreiche Corona-konforme Familien-Demonstrationen, Petitionen, Statements, sowie Aktionen auf die Situation von Familien aufmerksam machen. Daraus folgten zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker*innen aus Bundes- und Landespolitik, sowie ein umfassendes Medienecho.

Homepage: www.familieninderkrise.com

Twitter: https://twitter.com/FidK_Bund

Instagram: https://www.instagram.com/familien_inderkrise/

Facebook: <https://www.facebook.com/groups/2652494048366660/>

YouTube-Kanal: https://www.youtube.com/channel/UCB-pvOH58tfNFE6MHL2hL_g

Sollten Sie keine Pressemeldungen mehr von uns erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail an: berlin@familieninderkrise.com